// Magazin für Lehrkräfte an Gemeinschafts- und Förderschulen // #01 // Sommer 2021

WEITBLICK

Verband Reale Bildung
Landesverband Saarland e.V.

- Saar-VRB: Lehren aus der Pandemie
- Verschwörungstheorien versus Grundrechte und Freiheit
- Soziale Beziehungen in der Schulklasse

INHALT

3 Editorial

4 VRB Saarland

6 Unterricht unter Pandemie-bedingngen

9 Verschwörungstheorien versus Grundrechte und Freiheit

11 Soziale Beziehung

13 dbb aktuell

15 Erste Online-Veranstaltung der VDR Seniorenvertretung

18 Pressemitteilungen

EDITORIAL

Liebe Mitglieder, Freunde und Interessierte,

nun ist die HPR Wahl schon einige Wochen her. Der VRB wird mit mir als HPR-Mitglied vertreten sein. Ich möchte mich für das entgegengebrachte Vertrauen bedanken - und ich werde mich auch in diesem Gremium für die Gemeinschaftsschulen mit meiner Erfahrung und mit ganzer Energie den anstehenden Aufgaben widmen.

Der Arbeits- und Gesundheitsschutz an den Schulen muss sich für die Kolleginnen und Kollegen erheblich verbessern. Die Corona-Zeit deckte in gravierendem Maße die Mängel auf, die wir auch schon seit Jahren benennen.

Und auch wenn die zuständigen, verantwortlichen Stellen mit viel Kraft ihre Augen noch immer geschlossen halten und kaum Geld in die Hand nehmen, um Abhilfe zu schaffen, werde ich versuchen, immer wieder auf die Missstände hinzuweisen.

Die Personalnot, die in vielen Schulen ein wesentlich stabileres und differenzierteres Lehren erschwert und z.T. behindert, muss flächendeckend abgebaut werden und es müssen alle Schulen so ausgestattet werden, dass die Lehrkräfte der Heterogenität der Klassen gerecht werden können. Es muss endlich eine angepasste Planstellenberechnung erfolgen, die auch eine notwendige Personalanzahl von Förderschullehrern in Regel – UND Förderschulen beachtet.

Die Digitalisierung in den Schulen gehört zur Entwicklung der heutigen Zeit. Wie und mit welchen Mitteln und Anforderungen sie nun Einzug hält, wird eine große Herausforderung für alle Beteiligten. Gesetzliche Grundlagen gilt es einzuhalten und die Dienstvereinbarungen wie z.B. für Leihgeräte, dienstlichen Mailverkehr und noch Vieles mehr sind zu erstellen. Unzumutbare Schnellschüsse durch Politiker, die unter den Kollegen zu Verunsicherung, Einschränkung ihrer pädagogischen Freiheit, zu dauerhafter Erreichbarkeit und damit zum Verlust des Privatlebens und somit der Regenertion führen, müssen verhindert werden.

Die Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung wird ein weiteres Hauptanliegen meinerseits werden. Wir haben die Grenze der Arbeitsbelastung schon lange erreicht und oft auch in einem nicht unerheblichen Maße überschritten. Hier muss es Entlastung geben. Ein Unterrichten in erheblich kleineren Klassen ist eine Voraussetzung für die Umsetzung unseres Bildungsauftrags. Eine Schülerschaft mit unterschiedlichen Niveaustufen verlangt dies und die positiven Rückmeldungen im Wechselunterricht bestätigten das auch.

Es sind nur einige Aufgaben, die hier genannt wurden, und das Thema Corona habe ich hier bewusst nicht weiter ausgeführt. Leider fehlte uns nur eine einzige Stimme, damit wir mit 2 Mitgliedern im HPR vertreten wären. Jedoch waren wir im Bereich der Gemeinschaftsschulen der Verband, welcher Stimmenzugewinne verzeichnen konnte. Dies spornt uns an, unseren Weg weiter zu verfolgen.

Ich wünsche Ihnen nun eine schöne Sommerferienzeit. Erholen Sie sich gut und passen Sie weiterhin auf sich auf.

Ich danke Ihnen allen für die geleistete Arbeit, die leider zu oft nicht geachtet wird. Lassen Sie sich nicht entmutigen und kommen Sie mit neuer Energie, guten Ideen und mit Freude zum neuen Schuljahr zurück.

Viele Grüße
Karen Claassen

VRB Saarland

Veränderungen und Vorschläge aus den Lehren der Pandemie

1. Politische Verantwortung – bildungspolitische Verantwortung

Förderung der deutschen Sprache für Migranten (auch in weiteren Generationen) und Flüchtlingen z.B. durch:

- Kindergartenpflichtjahr,
- verpflichtenden Integrationskursen im Zusammenhang mit dem dt. Bildungssystem für Eltern (Teilnahme an Elternabenden, Schulpflicht ...),
- Schaffung von mehr Stellen in der Sprachförderung in allen Bereichen der frühkindlichen Entwicklung und finanzielle Unterstützung von Sprachförderprogrammen (dies gilt auch für alle weiteren Bildungsbereiche).

Schule:

- Intensivierung der Ausbildung von Förderschullehrern angepasst an den steigenden Bedarf
- Veränderung der Lehrerausbildung angepasst an die Schülerpersönlichkeiten und die Heterogenität der Klassen
- Einstellung von mehr Lehrpersonal - Erhöhung der Planstellen
- Voraussetzung für kleinere Klassen schaffen
- Schulleiter*innen ab einer bestimmten Schulgröße mit Schulmanager Ausbildung
- weitere FSJ-ler, BuFDi Stellen in Schulen schaffen
- Multiprofessionelle Teams – mehr Schulpsychologenstellen, Therapeutenstellen, med. geschultes Personal, Schulsozialarbeit, Streetworker...
- IT-Stellen für die Schulen außerhalb der Lehrerverantwortung
- Erzieher oder päd. Fachkräfte als Voraussetzung für Integrationshilfe – Möglichkeit zur Poolbildung damit schaffen
- Verwaltungsfachkräfte in allen Schulen etablieren
- Schulen sanieren und modernisieren (Schall, Luft , Licht, Hygiene, Digitalisierung)
- Schulhofgestaltung bewegungsorientiert zum einen und als Rückzugsmöglichkeit zum anderen
- Laptops für alle Schüler
- Pauschale „Ausschüttung“ von Geldbeträgen an bedürftige Kinder nicht sinnvoll - zweckgebundene Zuwendung, gegen Nachweis

2. Strukturelle Veränderungen in der Schule

Schulorganisation:

- bessere Sprachförderung in allen Grundschulen und Sek1 Schulformen mündlich wie schriftlich (eventuell FSJ, Studenten als Praktikum innerhalb der Lehrerausbildung, Punktesammlung für Fächer mit Numerus c.)
- Veränderung der Stundentafel um dies zu beachten
- bestehende und bewährte Modelle in den jeweiligen Schulen dazu beachten
- Förderschullehrer mit vollen Stellen an einer Schule, bzw. mit einem großen Stundenanteil an einer Schule werden dieser als Dienststelle zugewiesen (so ist u.a. Teilnahme an päd. Tagen dort verpflichtend, Teilnahme an allen Besprechungen der Schule...)
- Möglichkeit schaffen, Förderschullehrer als Klassenlehrer einsetzbar, wenn zu fördernde Schüler nach Inklusionsverordnung 1/4 der Klasse ausmachen
- Tandem Förderschullehrer, (päd. Fachkräfte) mit Klassenlehrer in Brennpunktschulen bis Klasse 7 in allen Fächern
- Abschluss – und Niveaubezogene Kurse haben sich im Wechselunterricht bewährt und sollten erhalten bleiben!!!
- kleine Klassen!!!!!
- Verwaltungsfachkräfte in den Schule für bürokratische Formalien einsetzen, damit Lehrer ihren Bildungsauftrag erfüllen können

Digitale Struktur in der Schule

- Aufbau einer Online Schule durch Lehrer mit Präsenzbefreiung für

Schüler im Krankenstand bzw. anderen längeren Ausfallzeiten (z.B. OSS oder andere Plattform), Lehrer mit verschiedenen Fächern sind von Präsenzpflicht befreit und können für ihre Fächer entsprechend des Lehrplans Themengebiete einstellen, Videokonferenzen halten und auch bewerten

- Unterstützungsangebote (Passworterstellung, Mail, PPP, Flyer Gestaltung usw. durch Studenten, FSJ ler, angehende Studenten in Wartezeit in AGs
- Elternkurse einrichten, auch als Integrationskurse, LPM
- Online Lernkurse für Schüler über LPM oder Studenten in den Ferien anbieten

Fachliche Nachhilfe

- Externe Kräfte bieten Nachhilfe innerhalb der Schulwoche an
- Integrierung in den freiwilligen und in den gebundenen Ganztag wünschenswert und sollte mit keinen oder geringen Kosten verbunden sein

Schulsozialarbeit

- Pandemiebedingte Neuorientierung der Schulsozialarbeit notwendig um soziale und antiaggressive Teambildung in der Schule zu fördern, 2 Wochenstunden in Eingangsklassen der unterschiedlichen Schulformen
- Zusammenarbeit und Erarbeitung mit LPM
- Päd. Fachkräfte auf allen Ebenen zur Unterstützung der Schüler und Lehrer
- Angebot von erlebnisorientierten Pausen
- „Stunde 0“ – vor dem Unterricht Bewegungsangebote in der Turnhalle oder auf dem Schulgelände (Unterstützung der Schulsozialarbeit durch FSJ ler, Studenten...)

UNTERRICHT UNTER PANDEMIEBEDINGUNGEN

Auszug einer aktuellen Unterrichtssituation

Von René Michel,
Stellvertretender Landesvorsitzender des Sächsischen Lehrerverbandes SLV

7:30 Uhr
Computer hochfahren, heute bin ich lt. Verbindungsqualität in der Poleposition. Jetzt überprüfen, ob die hochgeladenen Dateien für die Konferenz zur Verfügung stehen. Einige Mails lesen, beantworten und schon ist die Zeit für die Konferenz gekommen.

7:45 Uhr: Onlinekonferenz
Einwählen, Kamera- und Mikrofonnutzung erlauben, ja wirklich erlauben und zum dritten Mal erlauben. Es werden bereits einige Teilnehmer angezeigt. Im Chat ist auch schon einiges zu lesen. Jetzt die Konferenz starten – Countdown. Ich beginne: „Liebe Schülerinnen und Schüler, ich begrüße euch ganz herzlich und finde es stark, dass wir schon so viele sind. Bitte schaltet jetzt die Mikrofone aus – Leertaste drücken. Nein, das Kuscheltier gehört nicht auf den Schreibtisch, sondern euer Deutschbuch mit dem Hefter... So, ich warte noch kurz...

Inzwischen im Chat
„Guten Morgen...“, „Bitte fügen Sie mich hinzu ...“, „Kann ich rein? ...“, „Herr Michel, ich habe da noch eine Frage zur letzten Aufgabe...“, „Herr Michel, es laggt ...“
Kein Problem einfach schnell die Verspäteten dazuschalten und gleichzeitig verbal darauf reagieren: „Guten Morgen nochmal an alle. Ich freue mich, dass jetzt auch Emilia und Franz da sind. Wir klären heute auch eure Fragen und Jonathan, wenn es hängt, dann musst du die Konferenz verlassen und wieder dazukommen.“

Derweil ploppt eine Quickmessage auf
„Hallo Herr Michel, ich wurde geblockt und komme nicht rein.“
Bereits während der Konferenz bemerke ich ein banges Hoffen meinerseits - bitte diesmal stabil laufen! Nicht verzagen und einfach das Problemchen ansprechen: „Entschuldigt Kinder, wir müssen die Konferenz neustarten, weil einige Schüler noch blockiert sind. Bleibt online, es geht sofort weiter.“
Ruhe bewahren, alle Schritte vom Anfang wiederholen, außerdem alle wieder dazuschalten und die anfänglichen Worte in leicht veränderter Form erneut sprechen. „Mittlerweile können wir uns nun den Aufgaben zuwenden. Hier können wir die Aufgabenstellung noch einmal lesen. Laura, lies uns diese doch bitte vor. Halt, du musst dein Mikro aktivieren – Leertaste genau.“ Inzwischen die verspäteten Schüler dazuschalten. „Vielen Dank, gut gelesen. Dazu passt das folgende Beispiel.“ Jetzt bloß nicht zu schnell – die „Bildschirm-freigeben-Schaltfläche“ anklicken und geduldig abwarten bis sich das nächst Auswahlfenster öffnet. Währenddessen die Schülerinnen und Schüler mit überleitenden Worten bei Laune halten und – das anfängliche Hoffen weicht der Ernüchterung. „Nun, wir gedulden uns bitte. Es wird gleich funktionieren.“ Mittlerweile ruckeln Bild und Ton, aber alles fängt sich wieder; die Verzweiflungsträne bleibt diesmal aus. „Könnt ihr den geteilten Bildschirm sehen? Dann gebt mir mal einen Daumen nach oben. Super, das klappt ja. Jetzt tragen wir hier die Lösungen zusammen. Ich gebe dazu die Schreibfläche frei.“ Im Menü die Schreibfläche anwählen und die Schaltfläche für die gemeinschaftliche Nutzung auswählen. „Wir notieren jetzt die Lösungen mithilfe der Schreibfunktion. Nein, Theo, nicht mit der freihand-Funktion! Nutze das Textfeld – Quadrat mit dem T in der Mitte. Achtet auf die Schriftgröße – und bitte auch die Rechtschreibung kontrollieren.“ Nebenbei nutze ich nun die Verschiebefunktion und bringe noch etwas Ordnung in die Lösungen. „Super hat das bisher funktioniert. Ihr habt richtig viele und passende Antworten aufgeschrieben. Das freut mich. Ich fotografiere die Ergebnisse für die Nichtanwesenden und stelle euch im Anschluss die Lösung hoch. Außerdem findet ihr die Fortführung der Aufgaben dann gleich online. Stellt mir jetzt gerne eure Fragen.“

René Michel
Stellvertretender Landesvorsitzender des Sächsischen Lehrerverbandes SLV

Distanzunterricht - Herausforderung und neue Möglichkeiten

Die zu treffenden Entscheidungen im videobasierten Distanzunterricht sind, wie in der Bei-spielsituation beschrieben, ebenso vielfältig wie die des Präsenzunterrichts, wenn nicht gar an manchen Stellen vielfältiger und vor allem herausfordernder. Die Kolleginnen und Kollegen befinden sich bundesweit in einer ähnlichen Situation und diese begleitet uns auch noch weiter. Es stellt sich hierzu die Frage: Wie läuft Unterricht unter Pandemiebedingungen ab? Mein kurzer Einblick gibt nur eine Form des Distanzunterrichts wieder. Die Wege und For-men der Aufgabenerstellung und -erteilung sind ebenso vielfältig wie die Lehrerschaft. Die Form des videobasierten Unterrichts wurde nicht von allen Lehrkräften permanent genutzt. Zwar wurde dies gefordert, jedoch sollte dabei auch bedacht werden, dass es weder für Lernende noch für Lehrende zielführend geschweige denn durchhaltbar ist, alle Fächer eines regulären Schultages online durchzuführen. Die Aufmerksamkeit lässt schon allein dadurch nach, dass im häuslichen Umfeld so viel mehr Ablenkungsmöglichkeiten bestehen, von den Möglichkeiten, die ein PC zur Nebenbeschäftigung bietet, ist noch nicht einmal die Rede. Im Übrigen haben auch im digitalen Unterricht Schülerinnen und Schüler Wege gefunden, für Ablenkungen zu sorgen. Indem im Vorfeld beispielsweise abgemacht wurde, dass alle so tun, als hörten sie die Lehrkraft nicht oder den Chat durch Smileys oder dergleichen an seine Grenze zu bringen.

Lehrkräfte erstellen aber auch Erklärvideos, teilweise aus Tafelbildern, die im Monolog entwickelt werden. Diese knüpfen an Vorwissen an und helfen die Aufgabenstellungen zu bearbeiten. Ein weiterer positiver Effekt besteht darin, dass die Lernenden die Lehrkräfte sehen können und sie so den Lerngegenstand aktiver aufnehmen als durch das einfache Lesen. Es entstehen auch Videos, die den Umgang mit den Lernplattformen verdeutlichen. Schüler, Eltern und Lehrer mussten und müssen sich mit deren Funktionen, Möglichkeiten und Tücken auseinandersetzen. Prominentestes Beispiel hierfür ist LernSax. Abstürze, euphemi-stisch Performanceschwierigkeiten genannt, erschwerten das Arbeiten für mehrere Tage im Zeitraum Dezember 2020 bis März 2021. Dass dies der Motivation aller Beteiligten nicht zugutekam, ist selbstredend. Dadurch sank auch das Vertrauen; vielleicht auch die Nutzerzahl?

Aufgaben für die häusliche Lernzeit stellen die Lehrkräfte den Lernenden bereit. Wohlweislich wurde da im Dezember schon vorgearbeitet, kopiert, ausgegeben und damit der heimische Drucker geschont. Da sich die Pandemiesituation allerdings nicht entspannte, gingen die vorab ausgereichten Aufgaben zur Neige und so manche Aufgabenstellung musste aus-gedruckt werden. Zunehmend baute sich auch der Druck auf, Zensuren zu erteilen. Abzugebende Lösungen trafen dann nach meiner Erfahrung nahezu vollständig ein. Leistungskon-trollen erfolgen auch online. Schließlich motiviert auch eine gute Zensur zum Weiterlernen. Die räumliche Trennung von Lehrenden und Lernenden ist der Motivation jedoch nicht förderlich, da beim Aufkommen der berühmten Frage „Wofür brauchen wir das?“ nun die Lernenden auf sich gestellt sind und vielleicht nicht zu rechten Zeit einen kleinen Anschub erhalten können. An dieser Stelle kommt eine gute Verbindung der Eltern zu den Lehrenden zum Tragen. Überhaupt ist dieser direkte, schnelle Austausch meines Erachtens angewachsen. Auch kleine Wettbewerbe können zum Motivieren genutzt werden. Diese werden über Lernwebseiten, die ein erzieltes Ergebnis als Durchschnitt ausdrücken, durchgeführt. Wer schafft es, eine 1,5 zu erhalten? (Auf der Website des Jungen SLV gibt es eine Sammlung von Lernwebseiten)

Entwicklungsmöglichkeiten durch Fernlernen

Blicken wir auf die Phase der ausschließlichen häuslichen Lernzeit zurück, so kann festgestellt werden, dass

sich sowohl Lehrende als auch Lernende in kurzer Zeit im digitalen Be-reich weiterentwickelt haben. Lernende können auf digitalen Wegen Aufgaben miteinander lösen, unterstützen sich im Umgang mit Lernplattformen und können auch in digitalen Konferenzen Moderationsaufgaben übernehmen. Auch lernen sie vielfältige Recherchemöglichkeiten intensiv zu nutzen. Jedoch besteht dies auch auf der Seite der Lehrenden. Ich bin auf alle Kollegen stolz, die sich in den Umgang mit Lernplattformen eingearbeitet haben. Auch hierbei wurde und wird kollegial gehandelt. Konferenzen z.B. innerhalb einer Fachschaft für das Kennenlernen der Funktionen oder auch digitales Hospitieren wurden vielerorts angeboten. Dass die Kollegien im Vorfeld auf schulinterne Fortbildungen in diesem Bereich angewiesen waren und dass diese auch durchgeführt wurden, zeigt die hohe Erwartungshaltung an uns. Außerdem konnte ich persönlich im Teamteaching oftmals dazulernen und anderer-seits meine Kollegen unterstützen.

Risiken und Belastungen

Die Entgrenzung von Privatsphäre und Arbeit sehe ich als großes Risiko sowohl für Lehrkräf-te als auch für Lernende an. Wenn keine verbindliche Zeitstruktur wie im Präsenzunterricht existiert, dann verschwimmen die Grenzen. Am späten Abend oder am Wochenende kommen Anfragen per Mail an. Sollen diese sofort beantwortet werden? Permanent verlangte Flexibilität empfinde ich als belastend, da sich die daraus entstehende Ungewissheit aufwühlend auswirkt. Schließlich überträgt sich diese und ausstehende Regelungen müssen vor Lernenden und Eltern vertreten werden. Die Ernüchterung durch verschobene Schulstarttermine belastet sowie auch die für die Erstellung von Aufgaben benötigte Arbeitszeit. Wenn Aufgaben ausführlich schriftlich mit Beispielen dargelegt werden oder mit Erklärvideos visualisiert werden, dann benötigt dies weitaus mehr Zeit als im Präsenzunterricht.

Hinzu kommt die Zeit für die Antworten auf Fragen, da bei jeder noch so intensiv vorbereiteten Aufgabe Unsicherheiten entstehen können. Auch das Korrigieren von Aufgaben nimmt im Distanzunterricht wesentlich mehr Zeit in Anspruch, da auf unterschiedliche Wege Lösungen eingehen. Unterschiedliche Dateiformate, Aufnahmequalitäten oder defekte Dateien er-schweren dies zusätzlich. Am belastendsten empfinde ich allerdings, dass die Verbindungsqualität des Internets täglich neue „Performanceprobleme“ bereitet. Lernende können teilweise nicht an Onlinekonferenzen teilnehmen, da schlicht und ergreifend die benötigte Bandbreite des Netzes nicht gegeben ist. Andere haben nur ein begrenztes Datenvolumen zur Verfügung. Manche müssen sich digitale Endgeräte teilen und können daher nicht teilnehmen. Eine andere Gruppe ist trotz der Kontaktaufnahme zu Eltern nicht zuverlässig online. Die fehlende Rechtssicherheit in diesen Fällen und bei der Bewertung tat hier ihr Übri-ges. Die große Freude auf Präsenzunterricht besteht schon lange, jedoch kommt dieser ebenso unvorbereitet auf uns zu wie das Verlangen digitalen Unterricht durchzuführen. Man kann eben an keinem Motorradrennen teilnehmen, wenn man weder sicher fahren kann, noch ein geeignetes Motorrad zur Verfügung hat.

VERSCHWÖRUNGS-THEORIEN VERSUS GRUND-RECHTE UND FREIHEIT

Politische Bildung ist in Zeiten der Pandemie wichtiger denn je – nicht nur für die Schülerinnen und Schüler.

Von Jürgen Böhm,
Vorsitzender des Bayerischen Realschullehrerverbandes (BRLV)

Die Demokratie in unserem Land wird mit Sicherheit in diesen Zeiten auf eine harte Probe gestellt. In welchem Verhältnis stehen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie zu den Grundrechten und Freiheiten in einem demokratischen Land? Wer bedient sich jetzt aus dem Baukasten der Populisten und Demokratiefeinde, um unsere Grundordnung verächtlich zu machen und schon längst gehegte Pläne zur Zerstörung der Demokratie umzusetzen?
In Zeiten der Krise sind sie da, die schnellen, scheinbar einfachen Lösungen, die Heilsversprechen und die »charismatischen Weltenretter«. Mehr denn je ist es wichtig, dass jungen Menschen die Fähigkeit vermittelt wird, politische Prozesse einzuordnen, historische Parallelen zu ziehen und die Bedeutung der Grundwerte der Demokratie zu erkennen. Die Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative ist gerade aktuell keine theoretische Betrachtung mehr, sondern sie ist gerade während der Pandemie einer Belastungsprobe ausgesetzt. Während die Exekutive in den Regierungen vielfach über Verordnungen regiert, die Judikative in den Gerichten so einige Maßnahmen bereits

Jürgen Böhm,
Vorsitzender des Bayerischen Realschullehrerverbandes (BRLV)

wieder einkassieren musste, versucht die Legislative in den Parlamenten ihren Einfluss zurückzugewinnen.

Lehrkräfte brauchen Hintergrundwissen

Schülerinnen und Schüler stellen daher ganz konkrete Fragen: Warum wird trotz Corona-Regeln eine Demonstration zugelassen? Warum entscheiden Gerichte, dass eine verhängte Ausgangssperre nicht verhältnismäßig ist? Warum entscheidet die Kanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten über den richtigen Weg aus der Krise und warum wird das nicht gleich im Bundestag debattiert? Und vieles mehr. Dazu braucht es Antworten in der Schule und von Lehrkräften, die sich politisch auskennen und nicht aus dem Bauch antworten.
In Zeiten der Distanz, der Vereinzelung fehlen die nötigen sozialen Kontakte und analogen Diskussionsplattformen von Mensch zu Mensch. In sogenannten »sozialen Netzwerken« breiten sich die einfachen Botschaften mit Lichtgeschwindigkeit aus, werden Nischen geschaffen, die sich zu massiven »Hotspots« entwickeln. Wer hier kein gefestigtes Meinungsbild besitzt, wem

die Zusammenhänge und Grundlagen freiheitlicher und demokratischer Prozesse fehlen, der lässt sich in den Strudel der Verschwörungstheorien und Falschmeldungen (Fake News) ziehen.
Nutznießer gibt es genügend! Gesteuert von Autokraten aus dem In- und Ausland, von profitorientierten Geschäftemachern, der Angst und des Unwissens werden die oft einfachen Botschaften geglaubt, geteilt, verteidigt – und das nicht nur von Kindern und Jugendlichen.

Bildung schützt vor Radikalisierung

Wer jetzt keine Basis hat, wer jetzt die Universalität der Menschen- und Grundrechte nicht erkennt, der lässt sich auf eine Spirale der Autokratie, der Diktatur und der Bevormundung ein. Beispiele gäbe es zur Genüge und diese ziehen sich international von den USA über Ungarn, Weißrussland bis nach China. Demokratische Grundrechte werden missachtet, dem System, dem Führer, dem Heilsbringer untergeordnet. Der Mensch, das Individuum, die Freiheit zählen nichts.
Doch der Mensch, das Individuum und dessen Unversehrtheit müssen im Mittelpunkt aller Betrachtung stehen – unabhängig vom Alter, vom Geschlecht, von der Religion und vom sozialen Status – das ist die Grund-DNA der Demokratie.
Demokratische Prozesse und Institutionen sind in Krisensituationen besonders gefordert.
Transparenz, Offenheit und Teilhabe sind wesentliche Elemente, die angeboten und auch wahrgenommen werden müssen. Passivität und Unmündigkeit macht empfänglich für die politischen, religiösen und materiellen »Rattenfängern«.

Politische Bildung ist fächerübergreifend

Politische Bildung muss sich durch alle Bereiche der Bildung ziehen und endet nicht in den klassischen Fächern Sozialkunde, Geschichte, Geographie und Wirtschaftslehre. Politische Bildung ist fächerübergreifend und ein Auftrag aller Lehrkräfte, die ihren Unterricht, die Organisation des Schullebens und die Einbindung der jungen Menschen an demokratischen Prinzipien ausrichten müssen.
Wir haben auch nach der Überwindung der Pandemie noch viel zu tun und müssen auch in den Schulen viele politische Entscheidungen erläutern und einordnen. Doch das ist das Gute an der Demokratie ist, sie lässt unterschiedliche aber demokratisch abgestimmte Wege zu. Es gibt nicht nur die eine Meinung. Es ist nicht immer leicht zu verstehen, aber es muss immer getragen werden von der demokratischen Mehrheit und nicht
von Einzelnen – »Herrschaft des Volkes« eben.

erstmals erschienen in:
Die Bayerische Realschule, Ausgabe 2, S. 14-15

„Mehr denn je ist es wichtig, dass jungen Menschen die Fähigkeit vermittelt wird, politische Prozesse einzuordnen, historische Parallelen zu ziehen und die Bedeutung der Grundwerte der Demokratie zu erkennen."

Jürgen Böhm, brlv-Vorsitzender

SOZIALE BEZIEHUNGEN IN DER SCHULKLASSE TEIL 1:

Erkennen sozialer Positionen von Schülerinnen und Schülern

Yvonne Blumenthal, Stefan Blumenthal & Katharina Marten

Was ist soziale Integration?

Sozial eingebunden zu werden und sich dazugehörig zu fühlen zählt der Sebstbestimmungstheorie zufolge zu den Grundbedürfnissen eines Menschen (Deci & Ryan, 1993). Vor allem in der mittleren Kindheit stellt die Schule und die darin erlebten Beziehungen zu Lehrkräften und Gleichaltrigen (»Peers«), einen wichtigen Entwicklungsraum neben der Familie dar (Blumenthal et al., 2020). Doch nicht nur für die Persönlichkeitsentwicklung ist die soziale Eingebundenheit in der Schule wichtig. Wird das Klima in der Schule bzw. Klasse von einem Kind als positiv wahrgenommen, wirkt sich dies förderlich auf den Prozess des schulischen Lernens aus. Dieser Zusammenhang erscheint aus dem Alltagswissen heraus selbstverständlich, konnte darüber hinaus jedoch auch im Rahmen verschiedener Studien festgehalten werden (z. B. Dulay & Karadag, 2017; Hattie, 2009). Konkret heißt dies, dass möglichst alle Kinder sich anerkannt und ernstgenommen sowie höflich, respektvoll und gerecht behandelt fühlen sollen und dies jeweils von Seiten der Mitschüler aber auch der Lehrperson (Prengel, 2013). Der Klassenzusammenhalt stellt dabei ein Konzept dar, das das emotionale Beziehungsgeflecht bezogen auf die Gesamtheit der beteiligten Personen beschreibt. Darin sind jedoch einzelne Einheiten zu verorten, die durchaus verschiedene Rollen einnehmen. Entsprechend erscheint es notwendig, sich als Lehrkraft nicht nur auf das „Große und Ganze“, das „Big Picture“ zu schauen, sondern das emotionale Eingebundensein aller Schüler in den Blick zu nehmen, also das Ausmaß seiner sozialen Integration in die Klasse bzw. Gruppe.

Soziale Integration von Kindern im Kontext Schule wird in der Literatur häufig synonym zu Begriffen wie soziale Partizipation und soziale Inklusion (bzw. social participation, social acceptance) verwendet (Koster, Nakken, Pijl & Van Houten, 2009; Schwab, 2014) und umfasst im Wesentlichen folgende vier Kernbereiche (Koster et al., 2009): (1) soziale Akzeptanz bzw. Ablehnung durch die Klassenkameraden, (2) Beziehungen bzw. Freundschaften, (3) Selbsteinschätzung der sozialen Partizipation und (4) Interaktionen.

Welche sozialen Positionen nehmen Kinder innerhalb einer Klasse ein?

Zur Erfassung der Beziehungsstruktur einer Gruppe bzw. Klasse hat sich die soziometrische Befragung etabliert, die häufig in Form eines Nominierungsverfahrens eingesetzt wird (Grütter, Meyer & Glenz, 2015; Huber & Wilbert, 2012; Petillon 1980; Preuss-Lausitz, 2005). Im Rahmen eines Nominierungsverfahrens werden alle Kinder gebeten, ihre Klassenkameraden im Hinblick auf vorher bestimmte Kriterien (operationalisiert durch Fragen) zu nominieren. Gestellt werden in der Regel sowohl eine positive Formulierung der Frage (z. B. „Neben wem würdest du gern sitzen?“, Nennungen hier ergeben die Positiv-Wahlen) als auch die negative Form (z. B. „Neben wem würdest du nicht gern sitzen?“, Nennungen hier ergeben die Negativ-Wahlen bzw. Abwahlen). Die Auswertung der soziometrischen Befragung erfolgt zunächst durch die Auszählung aller Wahlen bzw. Abwahlen, die eine Schülerin oder ein Schüler von seinen Mitschülern erhalten hat. Im Anschluss an die Verrechnung der Wahlen, der Abwahlen, der Gruppengröße und der Wahlbereitschaft der Gruppe kann jedem Kind ein sozialer Status zugeordnet werden. Generell können die sozialen Positionen grob wie folgt interpretiert werden:

- Beliebt: Das Kind hat überdurch schnittlich viele Wahlen und keine bzw. wenige Ablehnungen erhalten.
- Abgelehnt: Das Kind hat überdurchschnittlich viele Ablehnungen und wenige bzw. keine Wahlen erhalten.
- Kontroversiell: Das Kind hat über durchschnittlich viele Wahlen und überdurchschnittlich viele Ablehnungen erhalten.
- Vernachlässigt: Das Kind hat unterdurchschnittlich wenige bzw.

Yvonne Blumenthal

Katharina Marten

Stefan Blumenthal

keine Wahlen und Ablehnungen erhalten.

- Durchschnittlich: Das Kind hat durchschnittlich viele Wahlen und Ablehnungen erhalten.

Die empirische Befundlage zeigt, dass die Gruppen „beliebt“ und „abgelehnt“ keine homogenen Kategorien darstellen, sondern eine Unterteilung der beiden Gruppen um die Kategorien „besonders abgelehnt“ sowie „besonders beliebt“ angebracht erscheint (Marten, Voß & Blumenthal, 2016). Diese Aufteilung „ist insofern relevant, als dass es sich hierbei jeweils um Kindergruppen handelt, die sich qualitativ voneinander unterscheiden. Dabei ist das Wissen um die abgelehnten bzw. besonders abgelehnten Schüler von besonderer Bedeutung. Diese sollten in den Fokus gezielter Interventionen genommen werden (vgl. auch den 2. Teil des Themas „Soziale Beziehungen in der Schulklasse“ in der nächsten Ausgabe).

Wie kann ich herausfinden, ob Kinder meiner Klasse sozial ungünstige Positionen einnehmen?

Da Ablehnung durch Gleichaltrige als wesentlicher Risikofaktor für eine ungünstige schulische und emotional-soziale Entwicklung gilt, sollte eine geringe soziale Integration unbedingt frühzeitig erkannt und durch gezielte Maßnahmen gefördert werden. Der erste Schritt bildet dabei die Ermittlung von Kindern, die sich in sozial ungünstigen Positionen befinden (Marten et al., 2016).

Da Lehrkräfte häufig eine eher beschönigende Wahrnehmung haben, wird empfohlen, eine soziometrische Befragung mittels eines Nominierungsverfahrens durchzuführen, z. B. nach den ersten acht Wochen eines Halbjahres oder bei Bedarf wie bei Veränderungen der Klassenzusammensetzung oder zur Überprüfung von durchgeführten Maßnahmen). Auf der Internetseite www.lernlinie.de/sozialeinklusion wird hierfür ein Fragebogen bereitgestellt, welcher – gemeinsam mit Hinweisen zur Durchführung – kostenlos heruntergeladen und zur Analyse der Klassenstruktur genutzt werden kann. Erfasst wird dadurch die Perspektive der Mitschüler, indem diese u. a. gefragt werden, neben wem sie gern sitzen bzw. nicht gern sitzen würden. Eine derartige Untersuchung ist nicht schwer in der Klasse zu realisieren und nimmt auch nicht viel Zeit in Anspruch, im Gegenzug erhält die Anwenderin bzw. der Anwender wichtige Informationen zur Klassen- bzw. Gruppenstruktur. Auf der Grundlage der erhobenen Daten können Strukturkennzeichen einer Gruppe ermittelt und Informationen über den sozialen Status einzelner Kinder in der Gruppe eingeholt werden. Der erste Schritt bildet dabei die Ermittlung von Kindern, die sich in sozial ungünstigen Positionen befinden. Eine zur Unterstützung erarbeitete Excel-Auswertungshilfe – die ebenfalls kostenlos heruntergeladen und genutzt werden kann – hilft dabei: Sie ermöglicht eine sehr einfache Auswertung der soziometrischen Befragung und erlaubt Aussagen darüber, wie gut die Schüler in der Klasse akzeptiert sind. Den einzelnen Schülerinnen und Schülern wird – je nach Antworten aller Kinder der Klasse – eine der oben beschriebenen Statusgruppen zugeordnet.

Fazit

Menschliche Entwicklung vollzieht sich in sozialen Beziehungen. Mit Schuleintritt avanciert die Schule zu einem der wichtigsten sozialen Entwicklungsräume für Kinder und Jugendliche. Während im Grundschulalter v. a. die Eltern und Lehrkräfte die Hauptbezugspersonen darstellen, verschiebt sich der Fokus mit zunehmendem Alter auf die Gleichaltrigen. Lehrkräfte, v. a. Fachlehrkräfte, können nur einen begrenzten Ausschnitt des tatsächlichen Beziehungsgeflechts ihrer Schülerinnen und Schüler wahrnehmen. Einerseits weil die gemeinsame Zeit vorgegeben und limitiert ist, und andererseits, weil die Schülerinnen und Schüler nicht alle Interaktionen offen darlegen. Umso bedeutsamer ist es, dass Ihnen praxistaugliche, diagnostische Verfahren zur Verfügung stehen, um die eigene Wahrnehmung und Beobachtungen durch weitere Informationen zu ergänzen und zu validieren. Die Peersicht gilt als der „Goldstandard“, wenn es darum geht, die soziale Position innerhalb einer Gruppe zu erfassen. Dazu eignet sich, wie zuvor beschrieben die soziometrische Nominierung, die nicht nur ohne viel Aufwand durchgeführt werden, sondern auch mit Hilfe des hier vorgestellten Auswertungstools wichtige Informationen zur sozialen Eingebundenheit aller Schülerinnen und Schüler einer Klasse aus Sicht der Peers liefert. Ansätze zur Förderung bei sozialen Ausgrenzungsprozessen sind im 2. Teil des Themas „Soziale Beziehungen in der Schulklasse“ in der nächsten Ausgabe zu finden.

dbb aktuell

19. Mai 2021

Weiterentwicklung Gespräche „Zukunftssichere Landesverwaltung"

Dialog mit Landesregierung fortgesetzt

- **Konsequenzen aus der Corona-Pandemie**
- **Personalsituation in Landesverwaltungen und Schulen**
- **Digitalisierungsvereinbarung**
- **Einkommensrunde Länder 2021 und Besoldungssituation Saarland**

In den beiden Gesprächen des dbb-Landesvorstandes mit Ministerpräsident Tobias Hans und Finanzminister Peter Strobel unterstrich dbb-Landeschef Ewald Linn, dass sich gerade in der Corona-Pandemie die Bediensteten des öffentlichen Dienstes als eine verlässliche Stütze der Gesellschaft erwiesen hätten. Viele Kolleginnen und Kollegen hätten teils freiwillig in Krisenstäben gearbeitet, in den vergangenen 14 Monaten einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung der Anforderungen in der Corona Krise geleistet und sich als Garant des Rechtsstaates erwiesen. Deshalb dürfe Wertschätzung sich nicht in Lippenbekenntnissen erschöpfen, sondern muss täglich aufs Neue mit Leben erfüllt werden.

Gerade die Beschäftigten und Beamten des Landes, die in den letzten 11 Jahren bei der Umsetzung der Schuldenbremse auf Vieles verzichten mussten, verdienen eine andauernde Wertschätzung und eine öffentliche Wahrnehmung, die nicht vergisst, wie wichtig gut qualifizierte und engagierte Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind. dbb-Landeschef Ewald Linn: „Es reicht nicht aus, dass der Dienstherr optimale Rahmenbedingungen schafft, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiterzuentwickeln, sondern wir benötigen ein landesweites Konzept für eine ausreichende Ausbildung des Nachwuchses sowie für die Bewältigung der Herausforderungen im Zuge der zunehmenden Digitalisierung. Darüber hinaus erwarten die Beamteninnen und Beamten eine amtsangemessene Alimentation, die der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) und nicht ausschließlich der Haushaltslage des Landes entspricht".

v.l.n.r. Stellv. Landesvorsitzender Dr. Marcus Hahn, Ministerpräsident Tobias Hans, dbb-Landeschef Ewald Linn

Der dbb-Landesvorstand machte zugleich deutlich, dass die Digitalisierung insbesondere für den öffentlichen Dienst Chance und Herausforderung bedeute. Vieles wurde hier bereits erreicht, wobei die Anforderungen an die Beschäftigten stetig steigen. Gerade die verstärkte Arbeit im Homeoffice, aber auch die Verbesserung der Schnittstellen zwischen dem öffentlichen Dienst und den Bürgerinnen und Bürgern setzen den öffentlichen Dienst einerseits unter Zugzwang und bieten ihm jedoch auch die Möglichkeit, Verwaltung neu zu denken. Digitalisierung bedeutet jedoch auch, dass die hierfür notwendige digitale Infrastruktur vorhanden ist. Dies betrifft alle Bereiche des öffentlichen Dienstes. Schwachstellen haben sich gerade beim Homeschooling gezeigt. Es nützt auch die beste Hardwareausrüstung nichts, wenn nicht auch die notwendige Breitbandverbindung zur Verfügung steht.

dbb beamtenbund und tarifunion saar

Herausgeber:
Ewald Linn
Landesvorsitzender
dbb Landesbund Saarland
Hohenzollernstraße 41
66117 Saarbrücken
Tel.: 0681/51 70 8
Fax: 0681/58 18 17

post@dbb-saar.de
www.dbb-saar.de

Fotos:
dbb saar

dbb aktuell

Der stellvertretende dbb-Landesvorsitzende Dr. Marcus Hahn machte deutlich, dass für die Kolleginnen und Kollegen im Lehramt die Pandemie noch lange nicht vorbei sein wird. Deshalb sei es an der Zeit für echte Anerkennung der tagtäglich erbrachten Leistungen. Viele Lehrkräfte sind aktuell „größten Belastungen" ausgesetzt. Zum Beispiel bei der Umstellung auf digitalen Fernunterricht bei oft unzureichender Netzanbindung und technischer Ausstattung. Auch „das Hin und Her" zwischen Öffnungen, Schließungen und Wechselunterricht, die Umsetzung der Corona-Tests an den Schulen und nicht zuletzt die Gefährdung der eigenen Gesundheit seien eine immense Belastung für die Lehrkräfte. Zudem gebe es nun die "schwierige Perspektive", Lerndefizite bei Schülerinnen und Schülern ohne genügend zusätzliches Personal und ohne ausreichende Unterstützung durch multiprofessionelle Teams aufzuholen.

So erwartet der dbb dringend eine Konkretisierung für das angekündigte "Aufholprogramm" für das nächste Schuljahr, die schulformspezifische Ansätze für die notwendigen zusätzlichen Aufgaben enthält. Um den Personalbedarf zu decken, müssen sachgrundlose Befristungen der Vergangenheit angehören. Auch braucht es Anreize, damit genug qualifizierte junge Leute den Weg ins Lehramt wählen, denn nur so wird sich der eklatante Personalmangel an den Schulen perspektivisch beheben lassen. Und nicht zuletzt müssen die bürokratischen Hürden beseitigt werden, die gezielte Investitionen in unsere Schulinfrastruktur bremsen.

v.l.n.r. Stellv. Landesvorsitzende Sabine Meier, Finanzminister Peter Strobel und dbb-Landeschef Ewald Linn

Die stellvertretende Landesvorsitzende Sabine Meier appellierte an den Finanzminister bei der Nachwuchsgewinnung, insbesondere in der Steuerverwaltung und in Mangelberufen geeignete Bezahlungsanreize z.B. durch Anhebung der Eingangsbesoldung zu schaffen.

dbb-Landeschef Ewald Linn forderte die Landesregierung auf, Konsequenzen aus der Corona-Krise zu ziehen und unterbreitet für die Weiterentwicklung der Gespräche „Zukunftssichere Landesverwaltung" nachfolgende Vorschläge:

- **Stärkung der Daseinsvorsorge und Prüfung eines strukturellen Personalmangels. Dabei sind wichtige Bereiche mit einer Mindestpersonalstärke festzulegen. Als Umsetzungskonzept soll eine Personalbedarfs- und Entwicklungsplanung unter Einbindung der Personalräte und Interessenvertretungen dienen.**
- **Vorrangige flächendeckende Digitalisierung in den Verwaltungen und Schulen. Dabei will der dbb eine Digitalisierungsvereinbarung über neue und flexible Arbeitsformen u.a. Stärkung Homeoffice mit der Landesregierung vereinbaren.**
- **Entgeltanreize für Fachkräfte um wettbewerbsfähig zu bleiben.**

Zudem erwartet der dbb bei der anstehenden Einkommensrunde Länder, die im Herbst 2021 beginnt, eine angemessene Wertschätzung und eine Verbesserung der Besoldungssituation für die Beamtinnen und Beamten. In den bisherigen Entscheidungen des BVerfG zur so genannten „Grundbesoldung" in Berlin sowie zur Unteralimentierung „kinderreicher Beamtenfamilien" in Nordrhein-Westfalen sieht der dbb auch eine Signalwirkung auf die saarländische Besoldung. Hierzu fordert der dbb die Landesregierung und den Besoldungsgesetzgeber auf, die Verfassungsvorgaben für die Vergangenheit umgehend zu erfüllen und bietet für die Zukunft die Unterstützung bei der zwingenden Neugestaltung an.

Näher dran für die Beschäftigten und Beamten!

ERSTE ONLINE-VERANSTALTUNG DER VDR SENIORENVERTRETUNG

Bisher trafen sich die Seniorenvertreter und –vertreterinnen aus den VDR Landesverbänden einmal im Jahr zu einem mit interessanten Themen gestalteten Seminar an der dbb Akademie in Königswinter bei Bonn, zuletzt im März 2020. Pandemiebedingt wurde die für März 2021 geplante Präsenz-Veranstaltung auf November 2021 verschoben. Um eine noch längere Auszeit ohne persönliche Gesprächskontakte zu vermeiden, wurde ein virtuelles Treffen vereinbart, an dem fast alle Vertreter und Vertreterinnen teilnehmen konnten. Die Online-Sitzung fand am 18. Mai 2021 statt.

Jürgen Böhm: Bildungspolitik im Zeichen von Corona

Nach der Begrüßung durch die VDR Seniorenvertreterin im Bund Christa Nicklas ergriff der VDR Bundesvorsitzende VDR, Jürgen Böhm, das Wort. Wie nicht anders zu erwarten, stand auch hier „Corona“ an oberster Stelle. Böhm kritisierte, dass man die Zeit im Sommer letzten Jahres nicht genutzt habe, Sicherheitsmaßnahmen in den Schulen zu treffen und dass man eine Priorisierung der Impfung bei den Lehrkräften nicht für not-wendig gehalten habe. Mit der rhetorischen Frage: „Was wird den Lehrern und Lehrerinnen nicht alles zugetraut und zugemutet?!“ machte Böhm auf die Überlastung der Lehrkräfte aufmerksam. Riesenprobleme gebe es bei der Digitalisierung, der System-Administration, Lehrer-Endgeräte sollen erst geliefert werden. In der Bundesrepublik gebe es keine einheitliche digitale Plattform. Ebenso zeigten sich erhebliche Probleme bei und mit dem Datenschutz.

Forderungen nach Ausbau der Ökonomischen Bildung

Anschließend ging Böhm auf die Ökonomische Bildung in Deutschland ein. Zum Begriff:
Ökonomische Bildung wird verstanden als die Gesamtheit aller pädagogischen Bemühungen in allgemeinbildenden Schulen, Kinder und Jugendliche mit solchen Kenntnissen, Fähigkeiten, Fertigkeiten, Verhaltensbereitschaften und Einstellungen auszustatten, die sie befähigen, sich mit den ökonomischen Bedingungen ihrer Existenz auseinanderzusetzen.

Die OeBIX-Studie vom 31.03.2021 stellt der Ökonomischen Bildung in Deutschland ein schlechtes Zeugnis aus. Die Forderung nach Mindeststandards für das Fach Wirtschaft ist seit 18 Jahren nicht erfüllt. In keinem Bundesland erreicht Ökonomische Bildung den Stundenumfang eines normalen Nebenfaches. 11 von 16 Bundesländern erfüllen nicht einmal 50 Prozent der Anforderungen für das Nebenfach Wirtschaft. Besonders schlecht ist die Ökonomische Bildung an Gymnasien, besser ist sie an nicht-gymnasialen Schulen, aber noch nicht gut. Große Defizite gibt es auch in der Lehrerbildung. Aufgrund dieser Defizite forderte Böhm vermehrte Anstrengungen, die Ökonomische Bildung vor allem an Schulen des Sekundarbereichs I zu verankern. Durch eine Stärkung der Lernbereiche Wirtschaft und Ökonomie könne die Realschule ihr Profil stärken und sich vom Gymnasium abheben.

Mit etwas Sorge blickte Jürgen Böhm auf die bevorstehende Bundestagswahl am 26. September. Je nachdem, welche Parteien die neue Regierung stellen werden, könne dies Auswirkungen auf den Beamtenstatus für Lehrer und auf die Altersversorgung haben.

Dank an die Seniorenvertretung

Abschließend sprach Böhm Dank und Anerkennung für die VDR Seniorenarbeit aus. Er sieht in ihr eine weitere tragende Säule des Verbandes, verbunden mit der Aufgabe, die Belange der Senioren anzusprechen und wirksam zu vertreten. Auf diese Weise können auch pensionierte Lehrkräfte für einen Verbleib im Verband gewonnen werden.

Welche Maßnahmen gegen den künftigen Lehrermangel?

In der sich anschließenden Aussprache machte Wilfried Rausch deutlich, dass wir auf einen Lehrermangel zugehen, und fragte nach geeigneten Maßnahmen. Dieser Personalmangel dürfe nicht dazu führen, dass die Arbeitszeiten erhöht werden, mahnte Böhm. Auch dürfe es keine Zugeständnisse geben, dass Ferien für die Nacharbeit mit Schülern zu nutzen sei. „Wir müssen Werbung für unser Lehramt machen!“, sieht Böhm als mögliche Lösung. „Das geplante „Summer-Schooling“ wird zum Reinfall“, prognostizierte der Bundesvorsitzende.

Pensionierte Lehrkräfte für Corona-Nachhilfe – VDR setzt Bedingungen

Christa Nicklas ging anschließend auf das am 5. Mai beschlossene Förderprogramm für „pandemie-vernachlässigte“ Schüler und Schülerinnen ein, das vom Bundesbildungs- und -familienministerium beschlossen wurde und von den Bundesländern umzusetzen ist. Der Bedarf für diese „Nachhilfe“ wurde allerdings bisher nicht ermittelt.. Es wird auch befürchtet, dass sich nicht die Schüler/innen melden, für die das Förderprogramm aufgelegt wurde, sondern die, die diese Förderung eigentlich nicht brauchen.

Auch pensionierte Lehrkräfte können aufgerufen werden, sich daran zu beteiligen. Dabei nannte Nicklas die Rahmenbedingungen des VDR: Freiwilligkeit, Tarifvertrag im Ange-stelltenverhältnis mit Befristung und entsprechende Bezahlung, keine Kürzung der Pensionsbezüge, Beibehaltung der Beihilfe. Wichtig ist es zu wissen, dass bei einer Beschäftigung in öffentlichen Dienst eine Einkommensgrenze für Pensionäre und Pensionärinnen gilt, wenn Zusatzeinkommen nicht auf die Pensionsbezüge angerechnet werden soll. Die Verdienstgrenze liegt in der Höhe zwischen den aktuellen Pensionsbezügen, zum Beispiel 71,75 Prozent, und der Endstufe der aktiven (vollen) Dienstbezüge, aus denen sich das Ruhegehalt berechnet. Das Land NRW hat aus Gründen des Lehrermangels diese Grenze aufgehoben.

Jahrestagung dbb

Die Jahrestagung des dbb fand am 11. Januar 2021 in digitalem Format statt als interaktives Online-Symposium. Der Bundesvorsitzende des dbb, Ulrich Silberbach, eröffnete die 62. dbb Jahrestagung mit der Forderung: „Innovationsfähigkeit, Selbstorganisation und Autonomie der Verwaltung müssen gestärkt werden. Deutschland braucht einen Pakt für Krisenresilienz.“ U. a. kamen auch, so Nicklas, aktuelle Themen zur Sprache, die schon längere Zeit im Focus stehen: die Verbesserung der Situation für Pflegekräfte; die Bürgerversicherung, was mit Sicherheit eine schlechtere Versorgung zur Folge hätte; die Zukunft der Beamtenpensionen. Offene Fragen mit weitreichenden Folgen!

Werner Hillen

Hinweise zur Senioren-Homepage

Wilfried Rausch stellte im Anschluss die Homepage der Seniorenvertretung des VDR vor, die im Internet unter www.vdr.bund.de zu finden ist. Er bat die Sitzungsteilnehmer um Mitarbeit, um die Seiten mit aktuellen Inhalten zu füllen, so z. B. auch Artikel aus den

Landeszeitschriften bzw. Seniorenin-formationen zur Corona-Pandemie. Rausch kann sich auf diese Weise auch eine virtuelle Zeitung vorstellen.

Wechsel in der Seniorenvertretung NRW und Hessen

Zum Schluss verabschiedete Christa Nicklas zwei langjährige Mitglieder der Seniorenvertretung: Konrad Dahlmann aus dem Landesverband NRW und Wolfgang Stelzer aus dem Verband der Lehrer Hessen (VDL). Dabei hob sie ihre Verdienste besonders hervor und dankte ihnen für langjährige Kooperation und Unterstützung. Auch Jürgen Böhm lobte sie als angenehme Partner und Mitarbeiter. Nachfolger sind Brigitte Eckardt (Hessen) und Monika Holder (NRW).

Die nächsten Veranstaltungen der VDR Seniorenvertretung finden statt am 22. September 2021 virtuell und vom 21. – 23. November in Präsenzform in Königswinter.

Werner Hillen, Saarland

Broschüren der dbb Bundesseniorenvertretung
Erbrecht: Leitfaden zum Erben und Vererben vom 1. Januar 2021
Für den Notfall – Ein Dokumentenordner für Jung und Alt
Bestellung über www.dbbverlag.de

Homepage der VDR Seniorenvertretung über
www.vdr.bund.de
Über uns/Seniorenvertretung
Wir über uns//Infos/Vertreter/Nützliche Seiten
Zu finden sind Termine, Aktuelles, Ratgeber, Formulare usw.

PRESSEMITTEILUNGEN

VRB Saarland: Entsetzen über Schulöffnungspläne der Bildungsministerin – Eingreifen des Ministerpräsidenten gefordert

Zu den Plänen des Bildungsministeriums, die Abschlussklassen ab 11. Januar bzw. 18. Januar wieder in Präsenzform zu beschulen, erklärt die VRB-Landesvorsitzende Karen Claassen:

„Keine 24 Stunden nachdem die Bundeskanzlerin zur Vorsicht gemahnt, auf die Gefährlichkeit der aus Großbritannien stammenden neuen Mutation des Corona-Virus hingewiesen und deshalb die schärfsten Kontaktbeschränkungen seit Frühjahr verkündet hat, ordnet Bildungsministerin Streichert-Clivot an Schulen wieder zu öffnen. Ausgerechnet ab dem Tag, an dem private Treffen nur noch mit einer weiteren Person, die nicht zum eigenen Hausstand gehört, möglich sein werden, schließt die Bildungsministerin die Schulen für tausende Schüler der 12. bzw. 13. Klasse auf. Mich erreichen Nachrichten von Schülerinnen und Schülern sowie Kolleginnen und Kollegen, die entsetzt und fassungslos auf die neuesten Pläne aus dem Saarbrücker Ministerium reagieren.

Die Pläne von Streichert-Clivot bedeuten insbesondere an vielen Standorten von Gemeinschaftsschulen sowie Berufsbildenden Schulen, dass sich dort ab übernächster Woche wieder Haushalte im dreistelligen Bereich treffen müssen. Die Aufforderungen zur Kontaktreduzierung werden so Makulatur. Dies ist umso dramatischer, als dass die nun zurückkehrenden Schüler aufgrund ihres Alters laut einhelliger Meinung von Virologen und Epidemiologen im Infektionsfall eine Virenlast wie Erwachsene aufweisen.

Zudem zerstört die Bildungsministerin durch ihr neuestes Vorpreschen gerade entstandene Strukturen: Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer haben sich gerade inhaltlich und organisatorisch auf die kommenden Wochen eingestellt, haben geplant und abgesprochen. Nun soll diese ganze Arbeit für nichts gewesen sein. Das ist frustrierend und führt zum Wegfall jeglicher intrinsischer Motivation. Die Verknüpfung von teilweisen Präsenzverpflichtungen im vollen Stundenumfang einzelner Klassen verhindert zudem die Fortführung von Online-Unterricht in guter Qualität. Schulen ohne flächendeckendes Wlan-Netz ermöglichen den Lehrkräften nicht, ihre Schüler zu Hause zu erreichen. Eine Kontaktaufnahme ist dann erst wieder vom Wohnort der Lehrer möglich und verschiebt sich in die Nachmittags- und Abendstunden. Die Belastbarkeit der Lehrer ist nicht unbegrenzt!

Auch die Auswahl der Klassen, die ab dem 18. Januar zurückkehren sollen, ist nicht nachvollziehbar: Es sollen alle Schülerinnen und Schüler der 9. Klasse, die den Hauptschulabschluss absolvieren, sowie alle Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse, die den Mittleren Bildungsabschluss erlangen möchten, in die Schulen zurückkehren. Jedoch: Die zentrale Abschlussprüfung zu eben diesen Schulabschlüssen wurden bereits im Dezember abgesagt, die Lehrpläne der schriftlichen Prüfungsfächer schon im Sommer vergangenen Jahres zusammengestrichen. Warum diese Maßnahmen, wenn die Schülerinnen und Schüler nunmehr doch rückbeordert werden?

Unbestreitbar ist der Präsenzunterricht diejenige Unterrichtsform, die schnellstmöglich wieder aufgenommen werden muss, sobald die Pandemiebedingungen es zulassen. Die Zeit dafür ist jedoch leider noch nicht gekommen.

Der VRB fordert deshalb den saarländischen Ministerpräsidenten auf: Herr Hans, lassen Sie es nicht zu, dass ihre Bildungsministerin die Beschlüsse der Bund-Länder-Konferenz vom vergangenen Dienstag unterläuft und die Kontaktbeschränkungen aushöhlt.“

PM des VRB Saar vom 7. Januar 2021

VRB Saarland: Wenn schon Präsenzunterricht, dann freiwillige Schnelltests am Schultor

Zu Schutzmöglichkeiten für die Präsenzunterrichtung der Abschlussklassen unter Pandemiebedingungen erklärt die VRB-Landesvorsitzende Karen Claassen:

„In Anbetracht der Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts für Abschlussklassen - trotz der Überlegungen der Bundesregierung den Lockdown verschärft fortzusetzen - fordert der VRB Saarland zum Schutz aller in Schule Tätigen, eine neue Teststrategie zu beschließen.

Dies muss eine Konsequenz aus den Weichenstellungen der Kultusministerkonferenz sein, deren Beschluss das Saarland voll ausreizt und Abschlussklassen in den Präsenzbetrieb schickt. Die Bildungsminister der Länder sehen einer Steigerung der Inzidenzwerte nach einer Mutation des Coronavirus offenbar gelassen entgegen: Schülerinnen und Schüler, die im Präsenzunterricht sitzen und vorher mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Schule kamen, werden weiterhin nur durch Lüften und Masken geschützt.

Der VRB stellt den Vorschlag zur Debatte, Schüler und Lehrer vor dem Betreten der Unterrichtsräume auf dem Schulgelände zu testen. Auch wenn der Schnelltest eine geringe Fehlerwahrscheinlichkeit aufweist, könnten doch eventuelle symptomlose Überträger erkannt werden.

In Krankenhäuser und Pflegeheime kommt man auch nur noch durch eine Testschleuse. Warum werden also gerade Schulen so alleine gelassen?“

PM des VRB Saar vom 16. Januar 2021

VRB Saarland:
Überarbeitung des Hygienekonzepts vor Wiederaufnahme des Unterrichtsbetriebs notwendig

Zu einem aktuellen Urteil des bayerischen Verwaltungsgerichtshofs und den derzeitigen Planungen für die Wiederaufnahme des Unterrichtsbetriebs erklärt die VRB-Landesvorsitzende Karen Claassen:
„Nachdem nun erstmals die Schulschließung im Zuge der Pandemie richterlich durch den bayrischen Verwaltungsgerichtshof als notwendig bestätigt wurde , fordert der VRB das Bildungsministerium erneut auf, das Hygienekonzept dringend zu überarbeiten und den Gesundheitsschutz der in Schule Tätigen erheblich zu verbessern.
Mit dem Urteil in Bayern wird erstmals die Eignung der Hygienekonzepte der Schulen, die deutschlandweit sehr ähnlich sind, richterlich als nicht ausreichend angesehen: „Hygienekonzepte böten zwar einen gewissen Schutz, seien aber gerade bei Kindern und Jugendlichen nicht unbedingt geeignet, eine größere Zahl von Ansteckungen zu verhindern“. Weiterhin wurde von den bayrischen Richtern die Infektionsgefahr im schulischen Umfeld durch die „Annahme des Freistaats, dass Schulkinder nicht unerheblich zum Infektionsgeschehen beitrügen“ nicht in Zweifel gezogen.
Bevor die Schülerinnen und Schüler im Saarland wieder in die Schule gehen können, sollten jetzt endlich die im Bildungsministerium Verantwortlichen den Gesundheitsschutz für Lehrerinnen und Lehrern und allen in der Schule Tätigen verbessern. Wieder ist von mehreren Formen des Wechselunterrichts die Rede. Auf die genauen Konzepte aus dem Bildungsministerium warten wir gespannt.
Sehr viele Forderungen hat der VRB schon in den verschiedensten Kommunikationsforen formuliert. Zeitig forderten wir FFP2-Masken für Kollegen, welche sich damit sicherer fühlen, Luftfilter in Klassenräumen und ein Überdenken der Teststrategie mit Schnelltests für Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler in den Schulen. Immer wieder zeigten wir die Lücken im Hygieneplan auf, die z.T. ein Unterrichten für alle im Klassenraum nur unter unwürdigen und nicht sicheren Bedingungen zulassen. Trotzdem blieb es im Wesentlichen beim Lüften als Sicherheitsmaßnahme.
Es ist nunmehr an der Zeit aktiv zu handeln!
Die dauerhafte Verkleinerung der Klassenstärken ist unabdingbar, um Abstand halten zu können. Sie bietet zudem den Vorteil eines qualitativ besseren Unterrichts. Der Einbau von Luftfilteranlagen ist dringend notwendig und eine Investition in die Zukunft, die ein gesünderes Kima in den Klassenräumen schafft.“

PM des VRB Saar vom 31. Januar 2021

VRB Saarland: Winter zeigt jetzt Grenzen des Lüftens in den Klassenräumen – Verband weist auf Arbeitsstättenverordnung hin

In Hinblick auf die bevorstehenden kalten Wintertage, die in den saarländischen Schulen bei vielfach geöffnetem Fenster verbracht werden sollen, erklärt die VRB-Landesvorsitzende Karen Claassen:

„Für die kommenden Tage prognostiziert der Wetterbericht des Saarländischen Rundfunks Tiefsttemperaturen von bis zu -14 Grad. Selbst die Tageshöchsttemperaturen sollen -1 Grad nicht übersteigen.

Der Musterhygieneplan für saarländische Schulen betrachtet in seiner derzeit gültigen Fassung nach wie vor das Lüften als zentrale Maßnahme der Pandemiebekämpfung: Es soll alle 20 bis 25 Minuten eine Stoßlüftung über zwei bis drei Minuten und in jeder Pause eine Querlüftung über gegenüberliegende Fenster/Türen erfolgen. Insbesondere die Querlüftung in den ca. 20-minütigen Pausen ist nunmehr aufgrund des Kälteeinstroms von außen problematisch.

Bei den derzeitigen Witterungsbedingungen ist dieses Vorgehen nach Ansicht des VRB Saarland Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern nicht zuzumuten. Die Temperaturen sinken so weit mehr ab als die vom Ministerium behaupteten zwei bis drei Grad. Die Heizungen schaffen es nicht aufgrund der ständig neu einströmenden Kälte den Raum aufzuheizen. Zudem wird im Musterhygieneplan festgelegt, dass zusätzliches Heizen „nicht erforderlich“ sei.

Da es in den Sommermonaten versäumt wurde ein Konzept zu erstellen, das auch in der kalten Jahreszeit den Unterrichtsbetrieb aufrecht erhalten kann, bleibt für den VRB nur eins: Räume, die nicht den in der Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV) vorgeschriebenen Mindestwert der Lufttemperatur von 20 Grad für leichte Arbeit im Sitzen aufweisen, können für den Unterrichtsbetrieb nicht genutzt werden. Beim großflächigen Auskühlen eines Gebäudes kann dies im Extremfall die Einstellung des Präsenzbetriebs für die Abschlussklassen zur Folge haben. Eltern, deren Kinder die Notbetreuung besuchen, sollten zudem auf die Problematik hingewiesen werden.“

PM des VRB Saar vom 9. Februar 2021

VRB Saarland: Keine Schulöffnung am 8. März ohne Schaffung der Rahmenbedingungen – Sicherstellung eines Dreiklangs aus Maske, Schnelltests und Abständen als Voraussetzung gefordert

Zur Ankündigung der saarländischen Bildungsministerin Christine Streichert-Clivot am 8. März in den Wechselunterricht an den weiterführenden Schulen einsteigen zu wollen erklärt die VRB-Landesvorsitzende Karen Claassen:

„Nachdem in dieser Woche die Kitas und Grundschulen wieder für die Betreuung und Beschulung zahlreicher Kinder geöffnet wurden und seit Wochen in den weiterführenden Schulen die Abschlussklassen bzw. Abschlussschüler im Präsenzunterricht sind, muss nun das Bildungsministerium eingestehen, dass der Abstimmungsprozess über die Durchführung der Coronaschnelltests noch läuft und bislang keine Tests durchgeführt wurden. Der Zug rollt also schon, obwohl die Gleise noch nicht verlegt sind.
Der Hygieneplan sieht zwar richtigerweise nunmehr die Einhaltung des Abstands von 1,5 Metern auch im Klassenraum vor, was im Wechselunterricht auch möglich ist, dies ist jedoch nur einer der Schritte, welche Grundvoraussetzungen für die Schulöffnung darstellen. Mit der Ausbreitung der Virusmutation reicht Abstand alleine bei weitem nicht aus. Nach Ansicht des VRB bedarf es eines Dreiklangs aus Masken, Tests und Abstand.
Die Bereitstellung der versprochenen Schnelltests und die mit ihnen verbundene Organisation des medizinischen Personals, die Planung des konkreten Ablaufs der Testungen in den Räumen der Schule und auch die juristischen Vorkehrungen zu den Einwilligungserklärungen sind bislang durch das Ministerium für Bildung nur sehr unzulänglich bis gar nicht erfolgt. Der Unmut der Lehrerinnen und Lehrer darüber ist sehr groß.
Für den VRB ist klar: Ein Vorgehen wie bei den Grundschulen darf sich bei den weiterführenden Schulen nicht wiederholen! Ohne dass die Voraussetzungen geschaffen sind, wozu zwingend die sofortige Einsatzfähigkeit von Schnelltests gehört, darf es keine Schulöffnung am 8. März an den weiterführenden Schulen geben.
Um auch genügend medizinisches Fachpersonal für die Testungen vor Ort zu haben, empfiehlt der VRB insbesondere bei Kinder- und Jugendärzten anzufragen, deren Interessensverbände sich vehement für Schulöffnungen ausgesprochen haben. Es wäre ein gutes Zeichen der Solidarität, wenn Kinder- und Jugendärzte nunmehr ihren Teil dazu beitragen würden, dass die Öffnung Realität werden kann.
Verwundert ist der VRB erneut im Übrigen, über die Art und Weise, wie die Pläne zur Schulöffnung kommuniziert wurden: Schulleitungen und Interessensvertretungen haben durch Pressemeldungen von der Datierung auf den 8. März erfahren. Es ist keine gute Kommunikationsebene, wenn die betreffenden Berufsgruppen solche wichtigen Informationen nicht zunächst über den Dienstweg erhalten.
Der VRB kann absolut nachvollziehen, dass eine Beschulung der Kinder wünschenswert, notwendig und sinnvoll ist. Jedoch ist die Schaffung eines Arbeitsplatzes, der maximal möglichen Gesundheitsschutz gerade während der Pandemie bietet, eine unabdingbare Grundvoraussetzung, um Schulen mit der geplanten Schüleranzahl zu öffnen.“

PM des VRB Saar vom 24. Februar 2021

VRB Saarland: Klare Linie der Landesregierung gefordert

Zu den Streitigkeiten innerhalb der saarländischen Regierungskoalition, ob am kommenden Montag die Schulen auch für Schülerinnen und Schüler ab Klassenstufe 7 geöffnet werden sollen, erklärt die VRB-Landesvorsitzende Karen Claassen:

„Für Unruhe sorgt Frau Streichert-Clivots Vorgehen, alle Klassenstufen im Wechselunterricht ab dem 8. März zu beschulen. Damit verstößt die Bildungsministerin gleich gegen zwei Beschlüsse, die sie selbst miterarbeitet hat: Am 4. Januar verabschiedete die Kultusministerkonferenz (KMK) einen Stufenplan zur schrittweisen Schulöffnung. Dieser sieht vor, in einer ersten Stufe die Schulen bis einschließlich Klassenstufe 6 zu öffnen und erst in einer zweiten Stufe Wechselunterricht für Schülerinnen und Schüler höherer Klassen anzubieten. Zusätzlich zum Beschluss der KMK setzte sich Streichert-Clivot auch vom Beschluss des saarländischen Ministerrates ab und verkündete eigenmächtig die Aufnahme von Wechselunterricht für alle Klassenstufen ab dem 8. März. Die Motivation hinter den Alleingängen der Ministerin erschließt sich uns nicht, sie finden jedoch auf dem Rücken der Schulen statt. Unsere Nachbarn in Rheinland-Pfalz verfolgen derweilen ein geordneteres Vorgehen, halten sich an getroffene Beschlüsse und bieten so mehr Planungssicherheit: Dort starten am 8. März die Klassen 5 und 6 in den Wechselunterricht, die weiteren Klassen- und Jahrgangsstufen starten eine Woche später am 15. März.

Somit herrscht in Rheinland-Pfalz auch nicht die Hektik wie im Saarland: Hierzulande mussten und müssen in Windeseile neue Stundenpläne erstellt, die Gruppeneinteilung der Klassen und Kurse vorgenommen, Ärzte kontaktiert und die Durchführung der Schnelltests organisiert werden. Insbesondere zur Vorbereitung der Teststrategie hätte mehr Zeit für eine große Entlastung gesorgt, schließlich stellte das Ministerium den Schulen lediglich eine Liste von Ärztinnen und Ärzten zur Verfügung, die dann selbst von den Schulleitungen abtelefoniert werden mussten, um Testungen vor Ort an den Schulstandorten zu gewährleisten. Noch immer ist nicht in allen Schulen eine organisierte Testung möglich. Diese stellt jedoch für den VRB eine Grundvoraussetzung für die Öffnung der Schulen in den Wechselunterricht dar.

Der VRB fordert: Frau Streichert-Clivot, halten Sie getroffene Absprachen ein! Belasten Sie die Schulen und insbesondere die Schulleitungen nicht noch mehr! Die Landesregierung muss eine klare, nachvollziehbare Linie verfolgen.“

PM des VRB Saar vom 3. März 2021

VRB Saarland: Gesundheitsschutz und wissenschaftliche Erkenntnisse Ernst nehmen – Keine vollständige Rückkehr zum Regelbetrieb ohne ausreichend Testungen und Impfangebot an Lehrkräfte

Zu den Plänen der saarländischen Bildungsministerin Streichert-Clivot die Schulen nach Ostern komplett öffnen zu wollen, erklärt die VRB-Landesvorsitzende Karen Claassen:

„Der Einstieg in den Wechselunterricht für alle Klassenstufen ist noch nicht erfolgt, geschweige denn dessen Auswirkungen auf das Infektionsgeschehen ausgewertet, schon kündigt die Bildungsministerin die vollständige Rückkehr zum Regelbetrieb an. Erneut wird die wissenschaftlich äußerst umstrittene These vorgetragen, dass Schulen keine Pandemietreiber seien. Erneut wird der Gesundheitsschutz für alle am Schulleben Beteiligten nicht Ernst genommen. Erneut erfahren die Interessensvertretungen, Schulleitungen sowie Lehrerinnen und Lehrer aus den Medien von den Plänen.

Für den VRB sind vor einer vollständigen Rückkehr zum Regelbetrieb zwei Voraussetzungen zu erfüllen:

Das Angebot sich zweimal die Woche einem Schnelltest unterziehen zu können, muss ausreichend ausgebaut und auch ausreichend genutzt werden. Nach den ersten Tagen ist schon zum Einen festzustellen, dass es an Schulstandorten der Fall ist, dass einige Ärztinnen und Ärzte so kurz vor Ort sind, dass gar nicht alle Schülerinnen und Schüler wirklich zweimal die Woche während der Unterrichtszeit getestet werden können. Zum Anderen geben an vielen Schulen zahlreiche Eltern keine Einverständniserklärung ab, sodass gar keine Testung vorgenommen werden darf. Hier ist es aus Sicht des VRB sinnvoll, die Etablierung der Teststrategie mit etwas Zeit abzuwarten und die auftretenden Problematiken zu beheben.

Als zweite Voraussetzung zur vollständigen Öffnung für den Regelbetrieb benennt der VRB, dass alle Lehrerinnen und Lehrer ein Impfangebot erhalten. Es ist völlig unverständlich, warum Förderschullehrkräfte in der Impfreihenfolge vorgezogen sind, nicht jedoch die Regelschulkolleginnen und –kollegen. Seit 2015 gilt im Saarland die Verordnung zur inklusiven Unterrichtung, die besagt, dass alle Schülerinnen und Schüler zunächst der Regelschule zugewiesen werden. Wenn die Politik nunmehr Förderschullehrkräften ein Impfangebot unterbreitet, so muss sie konsequenterweise die Umbrüche in der Schullandschaft berücksichtigen, die sie selbst in die Wege geleitet hat, und das Impfangebot auf weitere Lehrerinnen und Lehrer ausweiten.

Gute Bildungsangebote gelingen zukunftsorientiert nur mit einem guten Gesundheits- und Arbeitsschutz für alle in Schule Tätigen.“

PM des VRB Saar vom 10. März 2021

VRB Saarland fordert verpflichtende Schnelltests für Schulbesucherinnen und –besucher

Zum Testkonzept in saarländischen Schulen erklärt die VRB-Landesvorsitzende Karen Claassen:

„Ministerpräsident Hans möchte nach den Ostern das Saarland als Modellregion ausweisen und diverse Lockerungen ermöglichen.

Zum Thema Schule begrüßt der VRB die Beibehaltung des Wechselunterrichts. Bevor man in einen Präsenzunterricht für alle geht, müssen grundlegende Sicherheiten für alle in Schule Tätigen erfüllt sein. Die enorme Anstrengung der saarländischen Schulleitungen in Kooperation mit den testenden Arztpraxen ermöglicht Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern sich zweimal in der Woche einem Schnelltest zu unterziehen. Es muss vor einer Rückkehr in einen vollen Präsenzunterricht gewährleistet sein, dass auch hierfür Personal- und Testkapazitäten ausreichend sind.
Im Hinblick auf die Ankündigung des saarländischen Ministerpräsidenten Hans, das Saarland zur Modellregion zu machen und diverse Lockerungen zu ermöglichen, hofft der VRB darauf, dass allgemeine Standards auch an Schulen eingehalten werden.

Mit der OVG-Entscheidung in Sachsen (Sächsisches Oberverwaltungsgericht Bautzen,
Beschluss 3 B 81/21) ist nun in einem ersten Bundesland, das eine TestPFLICHT festsetzte, auch juristisch geklärt, dass ein Zutritt zum Schulgebäude nur zulässig ist, wenn ein Schnelltest durchgeführt wird. Konsequenterweise fordert der VRB auf Grundlage dieser Entscheidung, dass insbesondere in der Modellregion Saarland nur getesteten Personen Zugang in Schulen gewährt wird und dieser Test nicht einer Freiwilligkeit unterliegt.

Es wäre sehr fragwürdig Schulen zum wiederholten Male weniger als andere öffentliche Bereiche beim Gesundheitsschutz zu berücksichtigen und zu reglementieren. Solange Impfungen kaum vorhanden sind, Lehrerinnen und Lehrer weiterführender Schulen keine Priorität haben, muss konsequentes Testen zur Pflicht werden."

PM des VRB Saar vom 27. März 2021

Schulen sind Teil der gesellschaftlichen Realität - Inzidenzwert 200 fahrlässig!

Wenn der Bund in der Krise übernehmen möchte, muss er auch bei den Schulen konsequent bleiben

„Man erwartet, dass die Kanzlerin zumindest ihre eigenen Forderungen und Regelungen in der Bundesregierung umsetzen möchte. Stattdessen sollen die Grenzwerte an Schulen wieder von der Gesellschaft abgekoppelt und verdoppelt werden!“, kommentiert Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbands (VDR), die Beschlussvorschläge der Bundesregierung zu bundesweit einheitlichen Maßnahmen gegen die Pandemie.

Bundesweit solle die Notbremse ab einer Sieben-Tage-Inzidenz von 100 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner an drei aufeinanderfolgenden Tagen greifen. „Das ist auch gut so“, betont Böhm. „Allerdings werden die Schulen schon wieder von diesen gesamtgesellschaftlichen Regelungen ausgenommen und erneut abgekoppelt! An Schulen soll Präsenzunterricht bis zu einem Inzidenzwert von 200 möglich sein! Diese Entwicklung ist völlig absurd, fahrlässig und nicht hinnehmbar!“

Die bisherigen Stufenpläne sahen vor, dass es oberhalb einer 7-Tage-Inzidenz von 100 nur Distanzunterricht, und darunter ab einer Inzidenz von 50 Wechselunterricht nur in geteilten Klassen mit einem Mindestabstand von 1,5 m geben sollte.

„Man hält es schier für unglaublich, dass sich die Bundesregierung von ihren eigenen ursprünglichen Forderungen abwendet und vor wem auch immer einknickt. Wann begreift man endlich, dass die Verantwortung für die Schulen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist! Schulen sind kein eigener Kosmos, in dem die Realität der Welt da draußen keine Rolle spielt!“, stellt Böhm klar.

PM des VDR Bund vom 11. April 2011

VRB fordert für Selbsttests medizinisch geschultes Personal an Schulen – Grenze der Zumutbarkeit erreicht

Zur Diskussion über die Einsetzung von Schnelltests in Schulen erklärt die VRB-Landesvorsitzende Karen Claassen:

„...damit erfüllt sich eine Forderung der Lehrerverbände.“ So formuliert der Sprecher von Bildungsministerin Streichert-Clivot eine Aussage in der Saarbrücker Zeitung (Ausgabe 17./18. April 2021). Gemeint ist die Bereitstellung der Priorisierungscodes für die Impfberechtigung von Lehrerinnen und Lehrern im Saarland. Eine Forderung, die Lehrkräfte in weiterführenden Schulen mit ihren Grund- und Förderschulkolleginnen und –kollegen zu impfen, erfüllte sich nicht. Es verwundert schon, dass hier durch das Bildungsministerium eine Erfolgsmeldung platziert wird, die nichts mit dem Einsatz der Bildungsministerin für ihre Lehrkräfte zu tun hat. Die Priorisierungsstufe 3 wurde, völlig unabhängig von den Lehrerverbandsforderungen, auf Landesebene nach Impfstoffvorrätigkeit für alle betreffenden Personengruppen geöffnet.

Die Einführung der Testpflicht begrüßen wir sehr und freuen uns, dass die Forderung des VRB erhört wurde. Jedoch sind wir sehr enttäuscht, wie die Organisation und Durchführung der Selbsttests zu erfolgen hat: Weitestgehend nicht geimpfte Lehrkräfte haben diese Selbsttestung der Schüler zu begleiten. Für die Zeit der Maskenabnahme durch eine nicht unerhebliche Anzahl von Schülerinnen und Schülern sind die Kolleginnen und Kollegen den Aerosolen ausgesetzt. Lüften wird in den wärmer werdenden Tagen schwieriger, da die Kälte zwar schwindet, der Luftaustausch aber erschwert wird. Das Hygienekonzept der Schulen wurde den Selbsttestungsabläufen nicht angepasst und der Gesundheitsschutz noch mehr vernachlässigt.

Es ist den Lehrkräften nicht zuzumuten, die Verantwortung für die ordnungsgemäße Selbsttestung der Schülerinnen und Schüler zu übernehmen. Hier spielen die Heterogenität und auch Sprachbarrieren in der Schülerschaft eine große Rolle. Theoretische Abläufe und auch eigentlich gut machbar erscheinende Prozesse bekommen in Gruppen von Kindern und Jugendlichen eine ganz andere Bedeutung und können zu Verletzungen führen. Ich glaube nicht, dass die Entwicklung der Selbsttests so angelegt war, dass eine zeitgleiche Gruppentestung vorgenommen werden soll. Wir fordern hier mit Nachdruck Unterstützung und federführende Verantwortlichkeit durch medizinisch geschultes Personal.

In den Zeiten der Pandemie ändert sich die Ausgestaltung des Unterrichts. Die Lehrkräfte und Schulleitungen haben dies fast im Alleingang gemeistert und haben Schülerinnen und Schüler auf ihrem Bildungsweg Angebote machen können und sie begleitet. Arbeitsschutzbestimmungen wurden aber missachtet und die Unterrichtung fand in der kalten Jahreszeit oft in völlig durchgekühlten Räumen statt. Die notwendige Maskenpflicht wird mittlerweile akzeptiert. Trotz dieser erschwerten Bedingungen arbeitet die Schulgemeinschaft mit einem hohen Maße verantwortungsbewusst in den Schulen und im ‚Lernen von zuhause’.

Nun ist aber auch die Grenze der Zumutbarkeit erreicht. Oft wöchentlich, manchmal auch täglich wechselnde Informationen, Planlosigkeit, Vernachlässigung des Gesundheits- und Arbeitsschutzes und nun auch noch eine neue Übertragung von weiteren Aufgaben, die nichts mit dem Berufsfeld der Lehrkräfte zu tun haben, machen krank. Wir fordern die Fürsorgepflicht unseres Arbeitgebers ein.“

PM des VRB Saar vom 18. April 2021

Distanzunterricht war und ist Unterricht!

Böhm sieht im Begriff „Nachhilfeprogramm“ einen falschen Ansatz

„Allein den Begriff „Nachhilfeprogramm“ allein halte ich schon für daneben und irreführend. Hier wird bewusst der Eindruck vermittelt, als hätte Bildung bei allen coronabedingten Mängeln in den vergangenen Monaten in Deutschland überhaupt nicht stattgefunden und als hätten die Kinder und Jugendlichen keine Anstrengungen unternommen. Das ist wie ein Schlag ins Gesicht der Lehrkräfte und Schüler für die Arbeit, die geleistet wurde!“ macht Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbands (VDR) deutlich. Es sei bei Weitem nicht so viel Unterricht ausgefallen, wie einem manchmal weisgemacht werden soll.

„Das ist typisch für Deutschland - man verfällt wieder einmal in einen Jammermodus. Sinnvoller wäre es, die notwendige Maßnahme jetzt als Initiative, Stärkung oder Aufbruch zu bezeichnen. Was wir brauchen sind endlich finanzielle Mittel für zusätzliches Fachpersonal an den Schulen und für differenzierte Förderung. Und dafür reicht eine Milliarde Euro sicherlich nicht aus. Das ist wie ein Tropfen auf den heißen Stein, der letztlich von einer zu erwartenden bundesweiten Antragsbürokratie verdampft wird!“, fordert Böhm

„In einer „Sommerschule“ finden sich wahrscheinlich nur die Schüler, die bereits über die letzten Monate fleißig waren und einen gewissen Anspruch an sich selbst haben. Die Gelder sollte man lieber in weitere Lehrerstunden, sogenannte integrierte Lehrerreserven, investieren, mit denen man Klassen in leistungsdifferenzierte Gruppen aufteilen kann, um so die Kinder individuell zu fördern“, so der Bundesvorsitzende.

Daneben müssten innovative Bildungsanbieter, auch Startups, gefördert werden, die digitale Bildungsangebote gerade aus den Distanzerfahrungen der Pandemie an die Jugendlichen herantragen könnten.
„Was nicht sein darf, ist, dass die Kolleginnen und Kollegen zusätzlich zu der, besonders in den vergangenen Wochen und Monaten geleisteten Arbeit, jetzt nochmals Mehraufgaben bekommen. Und bei aller Notwendigkeit der Förderung, sollte man jungen Menschen die notwendige Zeit der Erholung, der Freiheit und des Entdeckens in den hoffentlich grenzenlos freien Sommerferien zugestehen!“, schließt Böhm.

PM des VDR Bund vom 16. Mai 2021

VRB Saarland kritisiert Öffnung der Schulen in vollem Präsenzunterricht

„Von der Entscheidung des Ministerrates, hier federführend durch Bildungsministerin Streichert-Clivot, bin ich nicht überrascht, aber leider wird erneut der Gesundheitsschutz von in Schule Tätigen und Lernenden außen vorgelassen. Es ist frustrierend, immer wieder an alle Verantwortlichen zu appellieren Rücksicht auf die nicht oder nicht vollständig geimpften Kolleginnen und Kollegen und Schülerinnen und Schüler zu nehmen - und nicht gehört zu werden,“ so VRB-Landesvorsitzende Karen Claassen.

Mit dieser Entscheidung wird eine Abstandshaltung in der Schule nicht mehr möglich sein. Selbsttestungen in Nieswolken mit etwa 20 bis 30 Personen, die dann in diesen Räumen arbeiten und lernen sollen, sind in keinem anderen öffentlichen Gebäude zugelassen. Mittagessen in voller Mensa - ohne Abstand und ohne Maske - sind auch nur in Schulen möglich. Diese Vorgehensweisen der Politiker sind nicht nachvollziehbar. Der VRB hat sich immer für eine Rückkehr zum Präsenzunterricht ausgesprochen. Nun hat sich der Wechselunterricht eingespielt und die Schülerinnen und Schüler konnten mit sozialen Kontakten lernen. Abschlussbezogene Klassengruppen konnten gebildet werden und die Schülerinnen und Schüler konnten von dieser gezielten Prüfungsvorbereitung profitieren. Ebenfalls positive Erfahrungen konnten durch die Möglichkeit der Bildung von leistungsniveaubezogenen Klassengruppen gesammelt werden. Hier griff eine gezielte Förderung der Schülerinnen und Schüler.

Eine Rückkehr zur „Normalität“ in den Schulen muss sich an der Pandemiesituation und den geltenden Regeln im allgemeinen Zusammenleben der Menschen in unserer Gesellschaft orientieren. Der „Normalzustand“ von vor der Pandemie ist hier bei Weitem noch nicht hergestellt. „Hier erleben wir Lehrerinnen und Lehrer auch immer mehr, dass wir in Erklärungsschwierigkeiten kommen, wenn wir unseren Schülerinnen und Schülern eine Einsicht in die Verhaltensregeln außerhalb der Schule vermitteln sollen, wenn diese in der Schule, in der sie einen großen Teil ihres Tages verbringen, nicht gelten“, so Claassen.

PM des VRB Saar vom 18. Mai 2021

Böhm VDR: Grenzwerte sind und bleiben Grenzwerte

Öffnungsschritte: JA – Sicherheit: JA

„Ich warne die Verantwortlichen in einzelnen Ländern davor, jetzt einfach vorschnell Grenzwerte nach oben zu verschieben, getroffene Regeln umzudefinieren und mit willkürlich gewählten Öffnungsdaten für Schulen zu agieren, die man zum heutigen Zeitpunkt noch gar nicht überblicken kann. Mit den sinkenden Infektionszahlen und dem schrittweisen Übergang in den Präsenzunterricht in immer mehr Gebieten Deutschlands ist bereits ein wichtiges Ziel erreicht worden und die Pandemie scheint nach der dritten Welle endlich auf dem Rückzug“, so Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbandes (VDR) zu den angekündigten pauschalen Schulöffnungen wie z. B. in Nordrhein-Westfalen und Bayern.

Der richtige Weg sei nun die Einhaltung der vom RKI vorgegebenen Grenzwerte. Viele Landkreise und Städte erreichen bereits jetzt durch das Voranschreiten der notwendigen Impfungen, gesicherte Werte unter einem Inzidenzwert von 50 und Schulen wechseln oder wechselten in den vollen Präsenzunterricht. Nach wie vor muss man jedoch die Inzidenz-Grenzen von 50 und 100 im Blick behalten und die Öffnungsschritte mit den Betroffenen transparent abstimmen.

Böhm betont:
„Endlich ist der dringend erforderliche Präsenzunterricht in Sichtweite. Wir dürfen jetzt nicht Gefahr laufen, das Erreichte vorschnell aufs Spiel zu setzen. Kinder und Jugendliche in Gebieten mit noch zu hohen Inzidenzwerten mit Angst in die Schulen zu schicken, kann nicht unserem Interesse liegen.“

PM des VDR Bund vom 28. Mai 2021

Halten Sie sich über Ihren VRB immer auf dem Laufenden und besuchen Sie uns online:

www.vrb-saarland.de
www.facebook.com/verbandrealebildungsaarland

Reale Bildung ist unverzichtbar!

IMPRESSUM

WEITBLICK – Das Magazin des Verbandes der Lehrkräfte an weiterführenden Schulen

Ausgabe 01/2021
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

Herausgeber
VRB Saar
Verband Reale Bildung
Landesverband Saarland e.V.

Landesvorsitzende
Karen Claassen
Eichenhübel 16
66892 Bruchmühlbach

Redaktion
Christian Wollscheidt *(Chefredakteur)*
wollscheidt@vrb-saarland.de

Druck und Anzeigenverwaltung
AWO Saarland
– Projekt Faltblatt –
Gutenbergstr. 3
66280 Sulzbach
Fon: 06897/55244
mail@faltblatt.net
ISSN 2195-7622

Zuschriften
Die Einsender von Manuskripten, Briefen o. ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung durch den VRB einverstanden.
Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Bilder kann keine Verpflichtung seitens des VRB übernommen werden.

Für die mit Namen oder Kürzel gekennzeichneten Beiträge trägt allein der Autor die Verantwortung. Sie geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Nachdruck, auch auszugsweise, gerne, aber nur mit Genehmigung.

MITGLIEDSANTRAG

Werden Sie jetzt Mitglied des VRB Landesverband Saarland e.V.

Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum VRB LandesverbandSaar e.V.

VRB Mitgliederverwaltung
Rosina Decker
Arndtstr. 1
66121 Saarbrücken

Name, Vorname

Straße

PLZ | Ort

Telefon | E-Mail

Geburtsdatum | Schule

Dienstbezeichnung | Stundenzahl

☐ beamtet ☐ angestellt ☐ Referendar bis (voraussichtlich)

Änderungen teile ich dem VRB mit.

Ort, Datum | Unterschrift

Einzugsermächtigung

Gleichzeitig ermächtige ich den VRB Landesverband Saarland e.V., bis auf Widerruf die von mir zu entrichtenden Beiträge bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bankverbindung VRB:
IBAN: DE77 5935 0110 0077 0011 21
BIC: KRSADE55XXX

Jahresbeiträge

Lehramtsanwärter/ Referendare:	**beitragsfrei**
Mehr als 16 Stunden:	**110 Euro**
Weniger als 16 Stunden und päd. Fachkräfte:	**70 Euro**
Pensionäre:	**65 Euro**
Studenten:	**beitragsfrei**

Geldinstitut | Ort

IBAN | BIC

Sollte mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweisen, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstitutes keine Verpflichtung zur Einlösung. Diese Ermächtigung ist jederzeit schriftlich widerrufbar.

Ort, Datum | Unterschrift

Name, Vorname

Straße

PLZ | Ort

Mit dem Beitritt zum VRB werden Sie ohne weitere Kosten Mitglied im Deutschen Lehrerverband (DL) und im Deutschen Beamtenbund (dbb). Außerdem bieten wir Rechtsschutz in Verbindung mit dem dbb.

Entscheiden ist einfach.

Weil die Sparkasse verantwortungsvoll mit einem Kredit helfen kann.

Sparkassen-Privatkredit.

sparkasse.de

Finanzgruppe

Sparkassen SaarLB LBS
SAARLAND Versicherungen